

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.
Verantwortlicher Redakteur Julius Brann in Freiberg.

№ 106.

Erscheint jeden Montag Abends 8 Uhr für den
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.,
zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

32. Jahrgang.

Sonntag, den 9. Mai.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenom-
men und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile
oder deren Raum 15 Pfennige.

1880.

Die Woche.

Bisher war's ungemüthlich im „schönen Monat Mai“, sowohl in der Natur wie in der Politik. Der graue Himmel mit seinen nachlässigen Niederschlägen bewirkt ebenfowenig Freude in der Menschenbrust, wie die inneren Zustände unseres deutschen Vaterlandes. Die Reichsmaschine ähzt und stöhnt und kann nicht vorwärts kommen. Die Ursachen dieser unerquicklichen Lage sind nicht schwer zu finden. Sie beruhen vor allen Dingen darauf, daß wir eine rein persönliche Reichsregierung haben. Die ganze Last der Geschäfte konzentriert sich im Reichskanzler, der seinerseits nicht die mindeste Neigung zeigt, die ihm verliehenen Gewalten mit einem anderen politischen Faktor zu theilen. Stände Fürst Bismarck in voller Kraft inmitten der Geschäfte, so würde durch seine gewaltige Persönlichkeit der Gang der Dinge wohl immer noch aufrecht erhalten werden können. So aber ist er leidend, kann nur einen Theil seiner Arbeiten sich selbst vorbehalten, die anderen müssen Beamten überlassen bleiben, welche durch das Regierungssystem des Kanzlers längst jeder Selbstständigkeit entbehren sind. Im Reichstage erscheint der Fürst gar nicht — kurz es hat nichts Auffälliges, wenn eine politische Theilnahmlosigkeit in unserem Volke Platz gegriffen hat.

Allerdings sorgt Fürst Bismarck als geschickter Regisseur hinter den Kulissen auch für Abwechslung. Wenn nichts mehr hilft, die Geister zu beleben, dann ist's gewiß — eine neue Steuer. Während Militär-, Bucher- und Sozialistengesetz ziemlich spurlos am Volke vorübergingen, hat doch die Wehrsteuer einiges Kopfschütteln veranlaßt. Der Reichstag genehmigte allerdings das Gesetz seiner in den Motiven behaupteten ausgleichenden Gerechtigkeit wegen und es dürfte in Zukunft dieses Prinzip bald auch anderwärts zur Geltung kommen. Wenn man z. B. die alten Junker besteuern möchte, weil sie die Sorgen und Mühen einer Mutter nicht zu tragen haben, so wäre das „ausgleichende Gerechtigkeit“. Eins nur macht uns irre! Muß im Interesse der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ auch der Arme, welcher dem Staate nicht so viel Steuern zahlt, als der Reiche, zur Ausgleichung der Differenz auf irgend einem Wege herangezogen werden? Uns dünkt, die Frage ist gar nicht von der Hand zu weisen. Man sagt ja, daß eine Ungerechtigkeit darin liegt, wenn der Starke und Gesunde in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen durch den dreijährigen Militärdienst geschädigt wird, während der Untaugliche ruhig in seinem Berufe weiter arbeiten kann, und daß also der Staat den Einen zu seinen Lasten stärker heranzieht als den Anderen. Nun, mit den Steuern verhält es sich gerade so wie mit dem Militärdienst. Der Unbemittelte laßt sich in's Fäustchen, daß er dem Staate nichts oder doch nur wenig zu bezahlen braucht, während der Reiche ganz anders herangezogen wird. Ist das gerecht? Sollte da nicht eine Vorschrift erlassen werden, daß im Interesse der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ der Unbemittelte dem Staate wenigstens einen Theil seiner Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung zu stellen hat? Doch Scherz bei Seite — der Reichstagsbeschluss ist ein Votum des Volkes und vox populi, vox Dei!

Von der politischen Theilnahmlosigkeit der vergangenen Woche müssen wir die alte Hansestadt Hamburg ausschließen. Dort sah es ganz so aus, als wäre ein Hecht in den Karpfenteich gesetzt worden. Und das Alles hat mit seiner Vorlage über den Zollanschluss von St. Pauli der Reichskanzler gethan. Altona und St. Pauli sollen in den Zollverband aufgenommen werden; St. Pauli, ohne daß der Hamburger Senat seine Zustimmung gegeben hat und nur aus dem Grunde, um durch den Anschluss dieses wichtigen Theiles der Hansestadt einen sanften Druck auf den Senat auszuüben, damit dieser den Anschluss der ganzen Stadt beantrage. Das aber war den Hamburgern doch zu viel. In einer Versammlung der Kaufmannschaft belam Bismarck Dinge zu hören, welche in Berlin einen vierwöchentlichen Sommer-Ausenthalt am Blößensee zur Folge haben würden.

In den österreichischen Landen will sich noch immer kein Messias finden, der das Kabinett Laaffe von seinem unglücklichen Siechtum erlöst. Die Mehrheit im Reichsrathe ist leider eine so unbedeutende, daß eigentlich keine Partei darauf Anspruch machen kann, die Bildung des neuen Kabinetts zu übernehmen. Das einzige Mittel, aus diesem Zustande des Hangens und Bangens herauszu-

kommen, wäre die Auflösung des Reichsrathes. Die Regierung würde es vielleicht thun, wäre sie irgendwie des Erfolges sicher. Neuerdings veranlaßte die Verordnung wegen Gleichberechtigung der deutschen und czechischen Sprache in Böhmen große Mißstimmung. Selbst das stets mit dem Grafen Laaffe in Verbindung stehende „Fremdenblatt“ magt seine Bedenken dagegen zu äußern, indem es schreibt: „Das Deutsche und das Czechische sind keine gleichberechtigten Sprachen und können zu solchen auch nicht durch Parlamentsbeschlüsse deklariert werden. Die Superiorität des Deutschen über die andere Landessprache ist eine so erdrückende, daß wer hier eine Gleichberechtigung anstreben und durchführen wollte, mit den Thatsachen in den grellsten Konflikt käme. . . . In den deutschen Gebieten von Böhmen das Deutsche mit dem Czechischen gleichberechtigt zu machen, ist eine unlösliche Aufgabe und könnte in seinem letzten Resultate dahin führen, daß auch die hier wirkenden deutschen Beamten das czechische Idiom sich aneignen oder auf die Theilnahme an den Aemtern verzichten müßten.“ Das Alles lesen wir in einem Organe, welches dem Grafen Laaffe unbedingt anhänglich ist.

Die italienische Deputirtenkammer mit ihren zerstückelten Parteiverhältnissen ist vom Könige Humbert aufgelöst und die Frist für die Neuwahlen ungemein kurz bemessen worden; schon der 16. Mai ruft die Wähler an die Urne. Selbstverständlich konzentriert sich jetzt alles Interesse auf die Wahlthätigkeit und alle Depeschen aus Rom bringen ausführliche Mittheilungen darüber. Man darf auf den Ausgang dieser Wahlen um so mehr gespannt sein, als davon auch die Haltung der auswärtigen Politik abhängen wird. Vorläufig sind die einzelnen Parteiführer bemüht, durch schöne Programme ihren Anhang zu erweitern.

Der Drang, die Schule von der Kirche zu emanzipiren, ist in Frankreich in dem Maße stärker geworden, als man die Zahl der Schulen vermehrt und das Volksbildungswesen höher dotirt hat. Die Republik erkennt genau ebenso wie der Klerus die Wahrheit des Wortes: „Wer die Schule hat, dem gehört die Zukunft!“ Sie hat aber auch den Willen und die Macht, die althergebrachte Vormundschaft der Kirche zu brechen. Das „allerchristlichste“ Volk hat Glied um Glied die ultramontane Kette gesprengt, die Frankreich fesseln half, und dadurch befestigt sich die Republik; gerade die Energie bei der Einführung der neuen Unterrichtsgesetze wird das Land vor den Erschütterungen bewahren, welche seit einem Jahrhundert Frankreichs Geschichte machten. Der französische Staat stürzte aus einer Reaktion und Revolution in die andere, aber stets erhielt sich der Klerus in seiner Position, die er auch jetzt noch selbst mit ungeheurer Agitationen sich zu erhalten bemüht. Das Kaiserreich hatte jährlich nur etwa 300 Schulen errichtet, die Republik hat in vier Jahren mehr Unterrichtsstätten neugeschaffen als das Kaiserreich in sechs Jahren, und dies geschah in einer Zeit, wo Frankreich die fünf Milliarden Kriegskontribution zu zahlen hatte, wo es ein neues Heer ausrüstete und alle Kämpfe mit dem gestürzten und wieder nach Herrschaft strebenden kaiserlichen und royalistischen, mit klerikalen und rabidalen Elementen durchzuführen mußte.

In England ist das Ministerium Gladstone nun konstituiert und hat durch Chamberlain, Dilke und Mundella die gewünschte röthliche Färbung erhalten. Das Ministerium des Auswärtigen ist von Granville übernommen worden, der dieses Ressort bereits im letzten Ministerium Gladstone verwaltete. Die Gemäßigten hätten Hartington lieber auf diesem Posten gesehen, weil sie von ihm eher ein heilsames Gegengewicht gegen Gladstone'sche Unbesonnenheiten erwarten. Dieser Wunsch ist zwar nicht in Erfüllung gegangen, doch scheint das neue Kabinett den geschichtlichen Ereignissen der letzten Jahre Rechnung tragen zu wollen; in einer Zirkularnote fordert dasselbe die europäischen Mächte auf, die Ausführung der noch nicht erfüllten Theile des Berliner Friedensvertrags sicher zu stellen. Freilich weiß man noch nicht, ob Gladstone damit überhaupt nur die orientalische Frage von Neuem auf die Tagesordnung bringen will, um seine Lieblingsidee der Föderation der Balkan-Völker in Angriff zu nehmen. An Bündnistoff fehlt es im Orient nicht. Die Albanesen setzen der Abtretung des Gussinje-Gebiets an Montenegro bewaffneten Widerstand entgegen und die türkische Regierung thut natürlich indirekt alles Mögliche, sie dabei zu unterstützen. Das Einschreiten der Mächte zur Beilegung der Streitfrage hat

bis jetzt nichts geholfen. Auch in Ostrumelien geht's darüber und darunter; die Europäer, welche dort Ordnung in der Verwaltung schaffen sollten, ärgert man fort und treibt die alte Wirthschaft munter weiter.

Wenn man den Nachrichten aus China, dem himmlischen Reiche, Glauben schenken darf, beschäftigt man sich dort mit sehr weltlichen Dingen. Der Krieg gegen Rußland soll eine beschlossene Sache sein. Prinz Kung, der zum Frieden hinneigte, erhielt seine Entlassung und Ho-Fung Lang, das Haupt der Kriegspartei, gewann die Oberhand. Die augenblicklichen Umstände erscheinen legerer Partei günstig. Die Kriegsmacht Rußlands im nördlichen Asien ist nicht bedeutend, und es muß große Anstrengungen machen, um die Tsetse-Turkmenen zu bewältigen und die dritte Expedition gegen Merko zu gutem Ende zu führen. China hat eine bedeutende Macht an seiner nordwestlichen Grenze angeammelt, und es sind namhafte Verstärkungen und Zufuhren von Waffen und Munition auf dem Wege dahin. Auch übt es noch einen großen Einfluß unter den Kirgisen-Stämmen und in den Khanaten aus. Der siebente Prinz Li soll zum Oberbefehlshaber der Armee ausgerufen sein und auch mit einer Art diktatorischer Gewalt im Reiche belakket werden, so daß alle Angelegenheiten desselben seinem absoluten Willen unterworfen würden. Die Sachen in Peking haben eine so bedrohliche Wendung genommen, daß die fremden Minister ihren Admiralen die Befehle erteilt haben, ihre Geschwader in Bereitschaft zu halten, und die in Tientsin stationirten Kanonenboote haben den Befehl erhalten, bis auf weitere Ordre daselbst zu verbleiben. China bedroht auch Siam. Man verlangt jetzt vom dortigen König den rückständigen Tribut, der zwar nicht bedeutend ist — er bestand gewöhnlich aus Elfenbein, Goldstaub, Gewürzen, Sildereien u. dgl., Alles im Werthe von höchstens 10000 Dollars — aber die Entrichtung dieses Tributs, der schon seit beinahe 50 Jahren nicht mehr geleistet wurde, würde die Anerkennung der Suzeränitäts-Rechte des Kaisers von China von Seite des Königs von Siam in sich begreifen. In Folge dieser Zumuthung soll auch der König einstweilen sein Reiseprojekt nach Europa verschoben haben. Alles deutet darauf hin, daß China entschlossen ist, als asiatische Großmacht aufzutreten und nicht nur alle seine früher besessenen Rechte und Besitzungen zu reklamiren, sondern auch einen dominirenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in diesem Welttheile auszuüben.

Tageschau.

Freiberg, 8. Mai.

Der heutige Reichsanzeiger publizirt einen Erlaß des Fürsten Bismarck an die preussischen Gesandten bei den Bundesstaaten vom 5. Mai, worin mitgetheilt wird, daß die vereinigten Zoll- und Handelsausschüsse des Bundesrathes in der Hamburger Frage am 5. Mai einstimmig beschlossen haben, dem Bundesrathe über die technische Seite der Anträge Preußens und Hamburgs Bericht zu erstatten, ohne die verfassungsrechtliche Frage zur Entscheidung zu stellen. Zu dieser Entscheidung habe insbesondere die Erwägung Anlaß gegeben, daß Entscheidungen über zweifelhafte Auslegungen der Reichsverfassung Schwierigkeiten und Bedenken darbieten und die preussische wie die hamburgische Auslegung des Artikels 34 sich ausschließen, Entscheide sich die Mehrheit im Bundesrathe für die preussische Auslegung, so werde Hamburg die Verfassung zu seinem Nachtheil für verlegt halten, gewinnt dagegen die hamburgische Meinung die Mehrheit, so werde Preußen die Ueberzeugung haben, daß diese Entscheidung gegen die Verfassung laufe. Da diese Schwierigkeiten sich bei jedem Streit über die Interpretation der Verfassung wiederholen, so sei Fürst Bismarck seit Einrichtung des Bundesrathes mit Erfolg bemüht gewesen, zu verhindern, daß Fragen der Art zur Entscheidung gestellt werden und werde er auch in dem vorliegenden Falle in demselben Sinne jede Gefährdung der Eintracht unter den Bundesregierungen abzuwenden suchen. Weiter heißt es, Namens Preußens verlange die königliche Regierung die Ausschließung Altonas und der sonstigen preussischen Gebietstheile aus dem Freihafenbezirk und sie sei zu diesem Verlangen berechtigt, weil die Zugehörigkeit dieser Gebiete zur Erfüllung der Zwecke des Hamburg gewährleisteten Freihafens nicht erforderlich sei. Ueber die Berechtigung dieses Anspruches sei im Bundesrathe allseitige Uebereinstimmung kundgegeben.